



ÖDP Bayern – Landeshauptausschuss Erlangen 23.11.2019

Rede Klaus Mrasek

Liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP Bayern,

als Landesvorsitzender der ÖDP Bayern darf ich Sie ganz herzlich zu unserem diesjährigen Landeshauptausschuss hier in Erlangen begrüßen. Was steht auf dem Programm? Unser Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ und seine Umsetzung und die Kommunalwahlen am 15. März 2020 stehen im Mittelpunkt unseres heutigen kleinen Parteitages.

Welche Themen, welche Inhalte bestimmen die Politik der bayerischen ÖDP?

Klimaüberhitzung im Alltag der Menschen angekommen:

2019 ist das zweite Jahr in Folge, in dem weltweit neue Temperaturrekorde gemessen werden. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob das noch „Wetter“ oder doch schon „Klima“ ist. Tatsache ist es jedenfalls, dass sich die Prognosen der Klimaforscher bestätigen und jede Verbesserung in den Klimamodellen nicht etwa zur Entwarnung führt, sondern die Alarmglocken der Forscherinnen und Forscher schriller klingeln lässt. Übrigens ist es dem Klimawandel völlig gleichgültig, ob seine Leugner mit ihren Fake News erfolgreich sind oder nicht. Die Klimaüberhitzung beruht auf physikalischen Gesetzen, die sich auch durch die bornierteste Ignoranz und durch die impertinenteste politische Dummheit nicht aushebeln lassen. Selbstverständlich können die Klimaleugner beschließen, dass die Erde eine Scheibe ist und die Sonne im Westen aufgeht, das wird unseren Planeten Erde aber nicht sehr beeindrucken, geschweige seinen Lauf um die Sonne ändern.

Warum ist die Klimaüberhitzung jetzt mit Macht in den Mittelpunkt der politischen Diskussion getreten, obwohl doch bereits im Kyoto-Abkommen 1997 Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase beschlossen wurden? Die Folgen der Klimaüberhitzung werden jetzt im Alltag der Menschen spürbar, auch bei uns in Deutschland: Wochenlange Hitzewellen ohne Niederschläge, Ernteauffälle in der Landwirtschaft, Waldsterben 2.0 (private Waldbesitzer berichten von einer dramatischen Zunahme der Schäden in ihren Wäldern), Starkregenereignisse mit massiven Überschwemmungen und Sturmschäden usw. Der jungen Generation wird gerade bewusst, dass ihre Lebenschancen durch diese Entwicklung extrem eingeschränkt werden. Deshalb Fridays for Future, deshalb Parents for Future, deshalb Klimaschutz als beherrschendes Thema in der öffentlichen Debatte.

Der Klimaschutz ist die zentrale Zukunftsaufgabe der Politik!

Die Klimaüberhitzung ist die Folge der herrschenden Wachstumsideologie. Wirtschaftswachstum ist das goldene Kalb unserer Zeit. Wohlstand wird völlig einseitig auf die materielle Komponente reduziert und die fragwürdigen Messgröße BIP definiert. Mantra der Wachstumsfetischisten: Wenn das BIP zunimmt, geht es alles besser. Dabei bemisst sich Wohlstand auch über den Zeit- und den Beziehungswohlstand –

auf beiden Feldern schaut es eher schlecht aus, sie leiden unter der BIP-Lastigkeit. Unser Massenkonsum bleibt nicht folgenlos. Neben der Umwandlung von Rohstoffen in Abfall führt die fossile Energiegewinnung dazu, dass die klimaschädlichen Abfallprodukte, also die gasförmigen Schadstoffe in der Atmosphäre deponiert werden und zwar bisher betriebswirtschaftlich kostenlos. Es ist das klassische Schicksal von Gemeingütern, die uns die Natur zur Verfügung stellt. Sie haben keinen Preis und spielen damit betriebswirtschaftlich keine Rolle. Die Verschmutzung der Atmosphäre mit klimaschädlichen Gasen ist aber ursächlich für die Klimaüberhitzung. Diese Verschmutzung ist keine neue Entwicklung. In der Klimadebatte geht es immer um die Begrenzung des globalen Temperaturanstieges um 1,5° Celsius über dem vorindustriellen Niveau. Das Industriezeitalter begann in England in der Mitte des 19. Jahrhunderts und weitete sich dann schrittweise auf ganz Europa und Nordamerika aus. Wir benutzen also die Atmosphäre bereits seit langer Zeit als Mülldeponie für Klimaschadstoffe. Diese Tatsache wird gerade von den Entwicklungsländern zu recht immer wieder betont.

Sicher wurden Sie auch schon mit der Aussage konfrontiert: Warum sollen wir uns eigentlich für den Klimaschutz einsetzen, wenn das die Amerikaner oder die Chinesen auch nicht tun? Warum sollen wir uns anstrengen, Deutschland hat doch bloß einen Anteil von 2 Prozent an den weltweiten CO₂-Emissionen usw.? Dieses Argument werden sie von den Lobbyisten in den verschiedensten Variationen immer wieder neu aufgetischt bekommen: Der Flugverkehr hat doch bloß, der LKW-Verkehr hat doch bloß, die Landwirtschaft hat doch bloß usw.

Liebe Freunde, das sind dümmliche Phrasen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Jedes Jahr wird weltweit durch die Nutzung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas so viel Kohlendioxid in die Atmosphäre geblasen, wie in einer Million Jahre Erdgeschichte in Biomasse gebunden wurde. Wie schaut der deutsche Beitrag zu dieser Schreckensbilanz aus? Wir Deutsche stellen 1 Prozent der Weltbevölkerung und verursachen gut 2 Prozent des Schadens. In der Rangliste der mengenmäßig schlimmsten Klimaschädiger belegt Deutschland Platz 7! Wenn also alle so leben würden wie wir, dann wäre schon heute der Ausstoß klimaschädlicher Gas mehr als doppelt so hoch – und die Aufgabe Klimaschutz wäre rettungslos zuungunsten unserer Kinder und Enkel entschieden.

Wenn wir die Klimaerwärmung auf die 1,5° Celsius begrenzen wollen, müssen wir als einer der Verursacher und als Hightech-Land auch alle verfügbaren Anstrengungen dafür unternehmen. Die Klimaforscher sind sich einig, dass diese Begrenzung nur erreicht werden kann, wenn der CO₂-Fußabdruck von 2,5 Tonnen pro Person und Jahr nicht überschritten wird. Wo stehen wir aktuell in Deutschland?

Ich will die Situation am Beispiel meiner Heimatstadt Amberg erläutern. Aktuell werden in Deutschland pro Person und Jahr 10 Tonnen CO₂ in die Atmosphäre geblasen – Klimastabilität setzt also eine Reduktion um 7,5 Tonnen CO₂ voraus. Die Stadt Amberg hat 2011 ein integriertes Klimaschutzkonzept verabschiedet und seitdem diverse Maßnahmen umgesetzt, z. B. die komplette Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik usw. Als Fazit hat sich dadurch die CO₂-Emission pro Kopf der Amberger Bevölkerung um eine halbe Tonne reduziert. Jetzt rechne ich etwas großzügiger mittels Faustformel, um die Dimension der Herausforderung Klimaneutralität zu verdeutlichen: In 10 Jahren haben wir eine halbe Tonne eingespart, bedeutet bei 7,5 Tonnen einen Zeitraum von 150 Jahren, wir müssen aber bis spätestens 2035 klimaneutral sein, d. h. wir müssen unser Umstellungstempo im den Faktor 10 beschleunigen, also verzehnfachen! So schaut es aus! Das ist die Herausforderung. Was ist ihr Eindruck? Ist davon irgendetwas bei den politischen Entscheidern angekommen? Was hat das „Klimakabinett“ vorgelegt? Die „Klimaschutzgesetze“ von Bund und Bayern sind Mogelpackungen und politische Wundertüten, damit ist das Scheitern an der zentralen Zukunftsaufgabe Klimaschutz vorprogrammiert. Wir müssen aber handeln, weil wir zu den Ursachen der Klimaüberhitzung seit

Jahrzehnten beitragen und weil sich Deutschland dazu im Übereinkommen von Paris vom 12.12.2015 völkerrechtlich verbindlich verpflichtet hat, alles zu tun, um das 1,5° Grad-Ziel zu erreichen.

100 % EE als Voraussetzung für die Energiewende:

Meine Damen und Herren, der Schlüssel zur Klimaneutralität liegt in der Form der Energiegewinnung. Der Ausstieg aus der Atomkraft wurde nach der Katastrophe von Fukushima beschlossen, ein Zurück zur Atomkraft wäre wegen der unkalkulierbaren Risiken völlig unverantwortlich und gesellschaftlich nicht akzeptabel. Bleibt der fossile Bereich, also Kohle, Erdöl und Erdgas. Wann damit endgültig Schluss sein muss, ist umstritten. Ob 2040 oder 2035 oder, angesichts der möglichen Schadensträchtigkeit, je früher, desto besser. Was heißt das? Ab diesem Ausstiegszeitpunkt darf kein fossiler Energieträger mehr genutzt werden. Wir müssen unsere Energieversorgung auf 100 % EE umstellen. Damit wir dieses Ziel erreichen, brauchen wir eine Effizienzrevolution. Jede Kilowattstunde, die eingespart wird, braucht nicht produziert zu werden. Daher ist diese Einsparung so wichtig, denn auch die Energiegewinnung aus EE ist nicht ohne ökologische Folgelasten möglich. 100 % EE bedeutet, dass nicht nur die Stromversorgung umgestellt werden muss, sondern auch die Wärmegewinnung und der Mobilitätssektor. Diskutiert wird derzeit der Anteil der EE an der Stromproduktion, berücksichtigt man alle drei Sektoren, liegt der Anteil der EE bei optimistischer Betrachtung bei ca. 15 Prozent. Die Herausforderung ist also mit der bei der CO₂-Einsparung vergleichbar. Zur Umsetzung dieses Ziels wird auch bei Ausschöpfung der Einsparpotentiale eine Verdoppelung der Stromerzeugung erforderlich sein.

Für die Politik bedeutet das, sämtliche Deckelungen beim Ausbau der EE unverzüglich zu beseitigen, dezentral alle Potentiale zu nutzen und massiv in die Stromspeicherung einzusteigen, um Dunkelflauten überbücken zu können. Und was passiert im Bund und in Bayern tatsächlich?

Vor kurzem hat die Fa. Enercon, der Technologieführer bei Windkraftanlagen, bekannt gegeben, dass sie über 3.000 Stellen in Deutschland abbaut, weil der Windkraftausbau hierzulande völlig zum Erliegen gekommen ist. Es ist doch schizophren, die Bundesregierung erstellt ein „Klimaschutzgesetz“ und verschärft gleichzeitig die Genehmigungsvoraussetzungen für Windkraftanlagen. Von der 10-H-Regelung der CSU-/FW-Koalition in Bayern ganz zu schweigen. Damit droht sich das Schicksal dieser Zukunftstechnologie zu wiederholen, so wie es der Photovoltaik-Branche bereits widerfahren ist. Die von Schwarz-Rot ins EEG eingebauten Ausbaudeckel für die PV haben zu einem Verlust von 80.000 Arbeitsplätzen geführt.

Deutschland ist dabei, die Vorreiterrolle in diesem Bereich zu verlieren und die Politik steuert nicht etwa dagegen, sondern betätigt sich als Bremser und Blockierer.

Dabei wäre es vor dem Hintergrund unserer verheerenden Klimabilanz unsere Aufgabe, zukunftsfähige Lösungen anzubieten, gerade auch für den aktuell beschlossenen Entwicklungspakt zwischen Europa und Afrika. Die Menschen in Afrika brauchen die Lösungen, die sie befähigen, das fossile Energiezeitalter zu überspringen und ihre Energieversorgung zukunftsfähig mit EE aufzubauen. Damit würde Deutschland seinen Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit zwischen Afrika und Europa leisten.

Ökologie und Ökonomie und die „kleinen Leute“:

In den Debatten über die Ökologie fällt auf, dass immer wieder versucht wird, den „kleinen Mann“ respektive die „kleine Frau“ vor den vermeintlichen Überforderungen durch die Ökologie zu schützen. Es hat sich sozusagen eine ganz große Koalition für die „kleinen Leute“ gebildet. Die „kleinen Leute“ sind auf einmal von neuen Freunden umzingelt, an die sie nie gedacht hätten. Herr Lindner macht sich angesichts des Klimaschutzes auf einmal Gedanken über die „soziale Spaltung“ im Land und will

verhindern, dass die „gut Betuchten“ noch besser gestellt werden. Herr Lindner ist übrigens der FDP-Chef und bekannt dafür, die Besserstellung der „gut Betuchten“ mit seiner ganzen politischen Kraft zu verhindern. In dieser Riege darf natürlich auch Herr Dobrindt von der CSU nicht fehlen. Zitat: „Erderhitzung bekämpft man nicht mit sozialer Kälte!“

Politik in Zeiten der Klimaerhitzung führt offenbar zu verkehrten Fronten, neuen Allianzen und umfassender Begriffsverwirrung. Wenn man also diese neue Ordnung verstehen will, hilft es, mit der alten Ordnung zu beginnen, sich der Ökologie sozusagen über die Ökonomie zu nähern. Es fällt auf, dass auf dem Gebiet der Ökonomie Sachzwänge gibt und das Verhalten des Einzelnen an moralischen Standards gemessen wird: Eigenverantwortung, Sparsamkeit, ja sogar Verzicht (Parole: „wir müssen den Gürtel enger schnallen!“) und Leistungsbereitschaft werden ganz selbstverständlich als Maßstab akzeptiert. Dahinter steckt die Unterstellung, dass die „kleinen Leute“ zu einer rationalen Lebensführung nicht in der Lage sind. Die oben genannten neuen Freunde sind auf dem Gebiet der Ökonomie noch nie dadurch aufgefallen, dass sie sich für die „kleinen Leute“ eingesetzt hätten. Im Gegenteil, da werden ganz andere Parolen artikuliert: Der Mindestlohn gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland (aktuell wiederholt sich die Debatte anlässlich der Erhöhung), die Deckelung der Mieten wird als „fehlender Respekt vor dem Grundrecht auf Eigentum“ abqualifiziert usw.

Wie argumentieren die neuen Freunde der „kleinen Leute“, wenn es sich um Fragen der Ökologie handelt? Aus Sparsamkeit wird hier Unfreiheit, Verzicht wird zum Wohlstandskiller umgedeutet und Selbstbeschränkung wird als Vorstufe zur Ökodiktatur verunglimpft. Dabei hätten es die neuen Freunde der „kleinen Leute“ selbst in der Hand, den Klimaschutz so auszugestalten, dass dadurch die ungleiche Vermögensverteilung nicht noch verstärkt wird. Eine solche Politik wäre außerdem verursachergerecht. In Deutschland produziert das obere Einkommenszehntel die dreifache Menge CO₂ im Vergleich zum unteren Zehntel. Weltweit ist das obere Zehntel sogar für die Hälfte der CO₂-Emissionen verantwortlich, die untere Einkommenshälfte dagegen nur für 10 Prozent. Wie schaut den jetzt das „Klimapaket“ der schwarz-roten Bundesregierung in Bezug auf die „kleinen Leute“ konkret aus? Die höhere Pendlerpauschale ist nicht nur klimapolitisch völlig kontraproduktiv, sie bringt den „kleinen Leuten“ auch wenig, weil sie kaum Steuern zahlen. Subventionen für Elektroautos gehen an dieser Zielgruppe ebenso vorbei wie Prämien für moderne Heizungen, die sich an Haus- und Wohnungseigentümer richten. Bleibt der minimal sinkende Strompreis für alle, diesmal auch für die „kleinen Leute“. Damit kann man die „kleinen Leute“ wunderbar gegen den Klimaschutz in Stellung bringen und die „Klimaschützer“ als unsoziale Besserverdiener einer selbstgerechten Öko-Elite diffamieren.

Meine Damen und Herren, auf diese infame Strategie sollten wir nicht hereinfliegen. Die Ökologie darf nicht gegen die Sozialpolitik ausgespielt werden. Der Klimaschutz lässt sich sozialverträglich ausgestalten. Dazu genügt ein Blick in die Schweiz, genauer nach Basel. Seit 1998 wird dort eine Lenkungsabgabe auf Strom erhoben, die komplett in den Stromsparfonds Basel einbezahlt wird. Jede Privatperson erhält aus diesem Fonds einmal im Jahr eine Ausschüttung von ca. 60.- SFR, jeder Betrieb erhält einen Arbeitsplatzbonus auf der Basis der ausbezahlten Lohnsumme. Privatpersonen werden dadurch zum sparsamen Stromverbrauch motiviert, Betriebe ebenfalls zum effizienten Stromeinsatz und zum Erhalt vieler Arbeitsplätze.

Dieses Modell könnte man für den Klimaschutz nutzen. CO₂-Emissionen werden mit einem spürbaren Preis belegt, diese Einnahmen gehen in einen Fond und werden an Privatpersonen und Betriebe ausbezahlt. Wie beim Basler Modell würden CO₂-Sparer belohnt, sie würden von der von der CO₂-Bepreisung sogar einen finanziellen Vorteil haben. erinnern Sie sich an die Verteilung der CO₂-Verursacher? Gerade die „kleinen Leute“ gehören zu den „Geringverursachern“, sie würden daher

belohnt werden. Im „Klimaschutzgesetz“ der Bundesregierung ist aber von einem „Basler Modell“ für die CO2-Bepreisung weit und breit nichts zu entdecken.

Zum Abschluss noch ein Merksatz für Ökologiedebatten:

„Wer von den kleinen Leuten redet, der will allzu oft nur die großen Leute schützen!“

Kommunalwahlen 15.03.2020:

Liebe Parteifreunde, Agnes Becker und ich haben uns bei der Vorbereitung auf diesen LHA an diese Zeit vor einem Jahr erinnert. Damals lagen die Landtags- und Bezirkstagswahlen gerade hinter uns, das Ergebnis auf Landesebene war enttäuschend, die 94.700 Unterschriften zu unserem Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ waren eingereicht und für den 16.11.2018 war die Entscheidung des Innenministeriums über die Zulassung angekündigt. Einen Tag davor – da soll noch einmal jemand sagen, die Bayerische Staatsverwaltung lasse es gemächlich angehen – gab das BStMI bekannt, unser Volksbegehren zuzulassen. Ab diesem Tag erreichte der Wahnsinn eine neue Qualität. Wir mussten in kürzester Zeit ein Bündnis zum Leben erwecken, was uns mit dem Trägerkreis aus ÖDP, LBV, Grünen und Louisoder-Stiftung und Unterstützung des BN auch gelungen ist. Die Beteiligung am Volksbegehren erreichte einen Nachkriegsrekord mit 1.741.017 Unterschriften, 18,3 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrem guten Namen unterschrieben. Die Staatsregierung ist von diesem Ergebnis so beeindruckt, dass sie die Übernahme des Volksbegehrens und einen runden Tisch mit dem Landtagspräsidenten a. D. Alois Glück vorschlägt, diverse Sitzungen in den Fachgremien, dazwischen eine Europawahl, in deren Vorfeld die ÖDP erstmalig im Bayerntrend des BR mit 4 Prozent aufgelistet wurde und mit einem Ergebnis von 3,1 Prozent in Bayern, dem bisher besten Ergebnis bei einer Parlamentswahl. Dann die Verabschiedung im Bayerischen Landtag mit einer überwältigenden Mehrheit – nur die AfD und ein paar Freie Wähler haben dagegen gestimmt. Inkrafttreten des Volksbegehrens zum 01.08.2019 – damit beginnt in Bayern eine neue Ära für die Artenvielfalt und den Lebensraumschutz. Das BSt für Umwelt und Verbraucherschutz hat aus diesem Anlass einen über 100 Seiten starke Gesetzessammlung mit dem Titel „Naturschutzrecht in Bayern“ herausgegeben. Auf staatlichen und kommunalen Ebenen wird intensiv an der Umsetzung unseres Gesetzes gearbeitet. Agnes wird in ihrem Teil dazu ein Antragspaket vorstellen, mit dem unsere Mandatsträger vor Ort diese Umsetzung fordern und fördern können. Und wir bleiben wachsam, gemeinsam mit unseren Partnern im Trägerkreis beobachten wir akribisch die Ausformulierung der entsprechenden Rechtsverordnungen. Der LBV hat dabei die erste Trickserei bereits aufgedeckt – die Definition von Streuobstwiesen soll so erfolgen, dass mehr als 80 Prozent dieser wichtigen Lebensräume ihren Schutzstatus verlieren würden. Ich kann Ihnen versprechen: das werden wir nicht durchgehen lassen.

Parallel dazu ist die Fridays-for-Future Bewegung in ganz Bayern aktiv. Auch da hatte ja der eine oder andere gehofft, dass dieser „Klimaspuk“ nach den Sommerferien vorbei sein würde, leider verhofft bzw. unverhofft kommt oft und in diesem Fall die Fortsetzung der Klimaproteste. Ganz offensichtlich wächst mit der Friday-for-Future-Bewegung endlich wieder eine Generation heran, die sich in die Politik einmischen will. All die genannten Entwicklungen haben Folgen für die bayerische ÖDP – wir haben einen Lauf: die Mitgliederzahlen steigen seit Monaten stetig an, wir nähern uns unaufhaltsam der 5.000er Marke, überall im Land treten neue Listen zur Kommunalwahl an, ein paar Beispiele aus der Oberpfalz: Im Landkreis Tirschenreuth – jahrelang ein weißer Fleck auf der ÖDP-Landkarte – wird es eine Kreistagsliste geben, ebenso in Neumarkt und in der kreisfreien Stadt Weiden eine Stadtratsliste. Und so wie in der Oberpfalz schaut es in ganz Bayern aus. Insgesamt werden es wohl mindestens 40 neue Listen werden, sodass wir unsere Mandate voraussichtlich von aktuell 380 auf 450 steigern werden. Als

Landesvorstand unterstützen wir unsere Kreis- und Ortsverbände mit ganzer Kraft in ihrem Wahlkampf. Agnes wird dazu unsere Strategie und unser Wahlwerbekonzept vorstellen.

Liebe Parteifreunde, die Mehrheit der Menschen will eine ökologische Veränderung der Politik. Ohne unbescheiden zu sein: Die ÖDP wurde gegründet und durch die Jahrzehnte erhalten als "every-Day-for-Future-Partei"! Die ÖDP ist das Premium-Angebot an alle, die eine "every-Day-for-Future-Politik" wirklich voranbringen wollen. Ein solches Angebot muss selbstbewusst vorgebracht werden. Wir sollten den Fehler vermeiden und uns nicht an den Thesen der Konkurrenz abarbeiten und deren Wirkung dadurch sogar noch verstärken. Ich möchte uns alle ermuntern, die eigene gute Sache mit Lust und Energie vorzubringen. Das ist uns beim Artenschutz in großartiger Weise gelungen. Wir dürfen nicht nachlassen, die Gemeinwohl-Ökonomie, die Postwachstums-Idee, den Klimaschutz und auch die Sache der analogen Kindheit und der Familiengerechtigkeit energisch und eigenständig vorzubringen.

Zum Schluss noch ein Wort zur AfD und ihrer Klage gegen unser Volksbegehren. Es ist schon eine Dreistigkeit, wenn eine Partei wie die AfD, die in Teilen ein Beobachtungsfall für den Verfassungsschutz ist, vor den Bayerischen Verfassungsgerichtshof zieht, um dort unter Berufung auf die demokratische und freiheitliche Bayerische Verfassung unser Volksbegehren anzugreifen. Liebe Freunde, die AfD vertritt nicht nur einen völkisch-nationalen Egoismus, sie ist die antiökologische Partei schlechthin, Atomkraftjunkies feiern dort mit Klimaleugnern fröhliche Urständ. Ich bin überzeugt, dass diese AfD-Klage inhaltlich dem AfD-Programm entspricht: rückwärtsgewandt, inhaltsleer und lebensfeindlich. Ich bin überzeugt, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof klare Worte finden wird, wenn er diesen juristischen Luftluftballon mit seiner Entscheidung zum Platzen bringen wird.

Ein Schmankerl in dem Zusammenhang habe ich noch. Wissen Sie, wer die Prozessbeteiligten an diesem Verfahren sind?

Antragsteller: AfD-Fraktion im Landtag – kein weiterer Kommentar

Antragsgegner: Markus Söder, Ilse Aigner, Agnes Becker, Bernhard Suttner

Auf diese Konstellation der Antragsgegner haben wir dreißig Jahre hingearbeitet....

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

F.d.R.

Klaus Mrasek